

Kristina Karasu

Türkei – ein Land im Ausnahmezustand

Die türkisch-deutschen Beziehungen schlittern seit Monaten von einer Krise in die nächste. Ob Böhmermann-Affäre, Armenien-Resolution des Deutschen Bundestages, monatelanger Streit um ein Besuchsverbot für Bundestagsabgeordnete für den Luftwaffenstützpunkt Incirlik oder ein Verbot für den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, sich per Videoübertragung zu einer Großdemo in Köln zuschalten zu lassen – die Fronten scheinen sich zunehmend zu verhärten, obwohl beide Seiten, insbesondere seit dem Flüchtlingsdeal, enorm aufeinander angewiesen sind. Für viele deutsche Zeitungen gehört Erdoğan-kritische Berichterstattung zum guten Ton, während sich viele türkische Zeitungen mit Verschwörungstheorien über das feindlich gesinnte Deutschland übertrumpfen, das nur darauf sinne, die Türkei zu schwächen.

Seit dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei vom 15. Juli hat sich das Verhältnis zu Deutschland, ja zur Europäischen Union, weiter verkompliziert. Der Westen tat sich schwer, diesen Putschversuch politisch einzuordnen und dementsprechend zu handeln. Das ist bis zu einem gewissen Maß verständlich – auch für viele Türken kam der Aufstand von Teilen des Militärs sehr überraschend und es gibt noch zu viele offene Fragen und Widersprüche hinsichtlich Verlauf und Drahtzieher. Fakt aber ist: Es starben dabei 264 Menschen, die meisten davon waren auf die Straße gegangen, um sich gegen die Putschisten zu stellen. Ob sie nun primär die Demokratie verteidigten oder die von ihnen gewählte AKP-Regierung, ist dabei zweitrangig – sie ließen ihr Leben.

In der türkischen Bevölkerung verursachte diese Nacht ein großes Trauma. Immer wieder erzählen sich Bewohner von Istanbul oder Ankara, wie sie diese Schreckensnacht erlebten, wie die Kampfjets über die Stadt donnerten, Scheiben klirrten, Schüsse ertönten, Menschen zusammengepfercht die Nacht vor dem Fernseher verbrachten und mit ansahen, wie sich einfache Bürger den Panzern entgegenstellten. Viele Türken zeigten sich enttäuscht, dass die meisten europäischen Führungspersönlichkeiten nur halbherzig ihr Beileid für die Todesopfer bekundeten und dem Land – so ihre Wahrnehmung – kaum Empathie in diesen erschreckenden Tagen entgegenbrachten.

Die türkische Regierung erklärte noch in der Putschnacht die Bewegung des im US-Exil lebenden islamischen Predigers Fethullah Gülen zu den Drahtziehern. Und viele Indizien sprechen dafür, dass sie tatsächlich federführend dahintersteckt. Für den Westen war das allerdings schwer zu glauben. Die Gülen-Gemeinde unterhält ein Netzwerk von Schulen in über 160 Ländern und präsentiert sich besonders im Westen gern als wohltätige Bewegung mit dem Fokus auf Bildung und einem moderaten Islamverständnis. Zu diesem Bild trug auch lange die AKP-Regierung bei. Sie war viele Jahre eine enge Verbündete der Gemeinde, bis es 2013 zum Bruch zwischen Gülen und Erdoğan kam. So waren noch bis vor zwei Jahren türkische Diplomaten dazu verpflichtet, im Ausland für Gülen-Schulen zu werben. Die gleichen Diplomaten müssen nun das Ausland davon überzeugen, dass es sich bei der Gülen-Bewegung um eine Terrororganisation handelt. Unverständnis ist da vorprogrammiert.

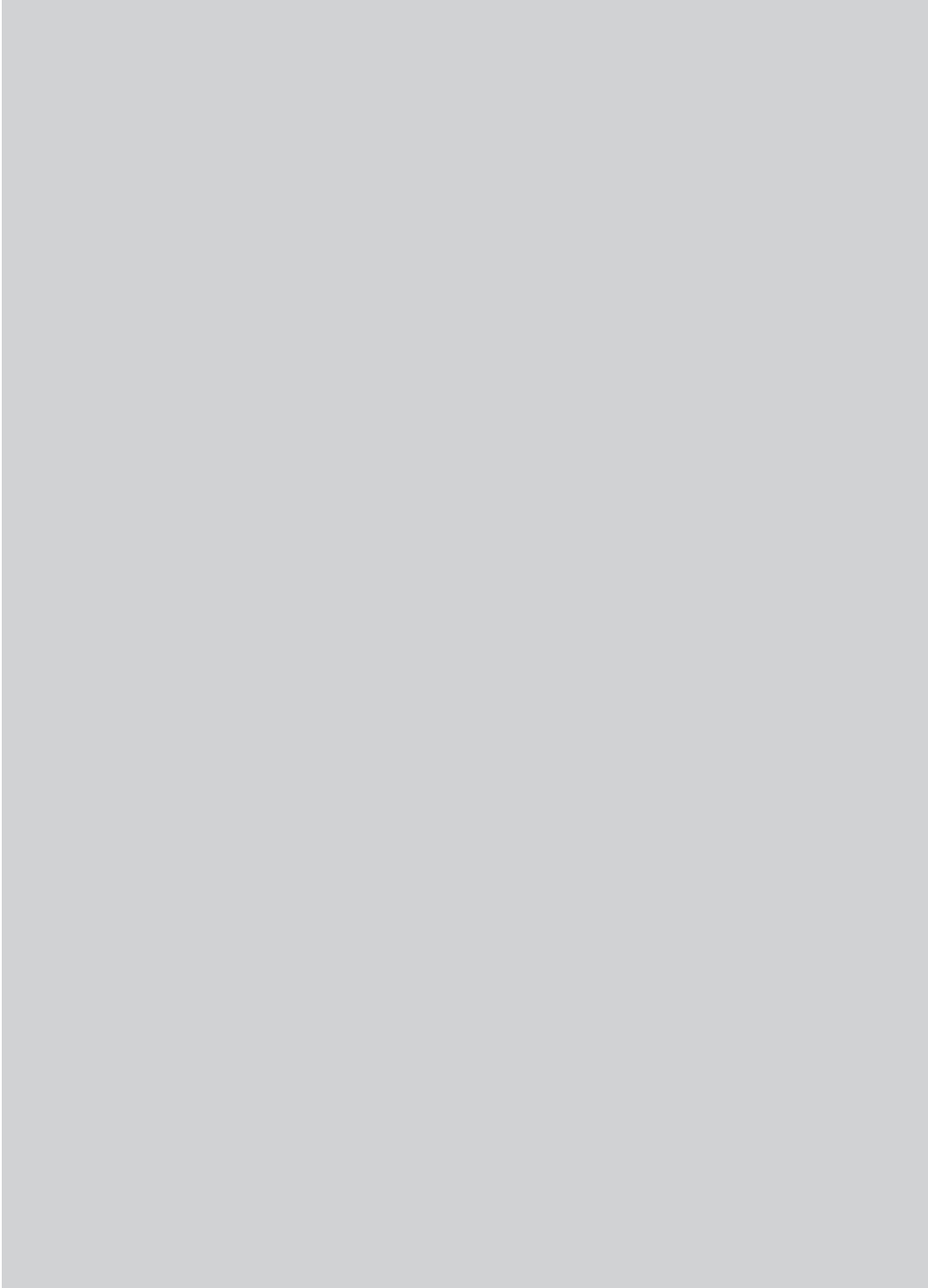
Dabei ist die Kritik an der Gülen-Bewegung in der Türkei nicht neu. Renommierte Journalisten warnen schon lange, dass Gülens Anhänger den türkischen Staat seit Jahrzehnten systematisch unterwandert haben. Sie werfen der Bewegung sektenartige Strukturen vor und zweifeln an der scheinbar so moderaten Agenda Gülens.

Das wiederum nährt bei viele Türken die Angst, dass im Falle eines erfolgreichen Putsches der Prediger Gülen – ähnlich wie der iranische Revolutionsführer Ruhollah Musavi Chomeini – ins Land zurückkehren und eine islamistisch-autoritäre Herrschaft beginnen würde. Ganz zu schweigen von der Gefahr eines Bürgerkrieges, der sich zwischen Junta und Anhängern des bisherigen Regimes hätte entwickeln können.

Der Fokus europäischer Medien und Politiker richtete sich zum Ärger Ankaras hingegen mehr auf die ausufernden »Säuberungsaktionen«, die die türkische Regierung nach dem Putschversuch initiierte. Seit Juli wurden fast 100.000 Staatsbedienstete ohne Gerichtsprozess vom Dienst suspendiert oder entlassen, Vermögen beschlagnahmt, Medien verboten, Firmen und Schulen geschlossen. Mittlerweile sitzen 32.000 Menschen in Untersuchungshaft, darunter Militärs, Staatsanwälte und Richter, Lehrer und Verwaltungsbeamte, aber auch Journalisten und Geschäftsleute mit angeblicher Verbindung zum Gülen-Netzwerk. Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroğlu der republikanischen Volkspartei CHP nannte die Türkei im Oktober ein »halboffenes Gefängnis«. Dabei hatte er in der Anfangsphase nach dem Putschversuch der Regierungspartei AKP noch seine Unterstützung zugesagt – wie die meisten im Land. Damals keimte die Hoffnung, es könne eine neue Ära des politischen Konsenses und demokratischen Aufbruchs beginnen. Doch mittlerweile gibt sich kaum noch jemand in der Opposition solchen Illusionen hin.

Denn Präsident Erdoğan kann nun »durchregieren«. Behilflich ist ihm dabei der Ausnahmezustand, den er schon wenige Tage nach dem Putsch ausrufen ließ und den die Regierung im Oktober um drei weitere Monate verlängerte. Die Bedingungen verheißen wenig Gutes – vor allem in einem Staat, der schon in den letzten Jahren immer autoritärer agierte. So darf die Regierung während des Ausnahmezustandes Gesetze ohne Zustimmung des Parlaments verabschieden. Verdächtige können bis zu 30 Tage lang in Untersuchungshaft gehalten werden, dürfen nur selten ihren Anwalt sehen. Eine Anklage oder Beweise sind dafür nicht nötig. Auch darüber hinaus reicht die Anklageschrift eines Staatsanwaltes, um Verdächtige bis zu fünf Jahre in Haft zu halten. Die überfüllten Gefängnisse und das vollkommen überforderte Justizsystem, dem Tausende von Richtern und Staatsanwälten fehlen, wecken kaum Hoffnung auf schnelle und faire Prozesse. Unterschiede zwischen tatsächlichen Putschisten und schlichten Sympathisanten der Gülen-Bewegung scheinen dabei kaum noch gemacht zu werden. Zudem werden Familienangehörige von Verdächtigen systematisch bestraft und damit der Rechtsgrundsatz der individuellen Schuld untergraben. So wurde etwa die greise Schwiegermutter eines vermuteten Drahtziehers des Putsches festgenommen oder Familien von verdächtigen Richtern aus ihren Dienstwohnungen geworfen und ihr komplettes Vermögen beschlagnahmt. Hunderttausende von Familien stehen vor dem Nichts. Für die Zukunft des Landes bedeutet das eine tickende Zeitbombe.

Zudem mehren sich Fälle von Personen, die festgenommen oder entlassen wurden und keinerlei Verbindung zur Gülen-Bewegung haben. So wurden etwa Anfang



September 11.285 Lehrer in den Kurdengebieten entlassen, weil sie angeblich Verbindung zur Terrororganisation PKK unterhalten sollen. Als Beweis diene wohl lediglich die Teilnahme an einem Streik im Jahr 2015. So wird der Ausnahmezustand immer mehr dazu genutzt, unliebsame Kritiker jeder Art aus dem Weg zu räumen.

»Wir haben eigentlich keinen Rechtsstaat mehr«, klagen immer mehr Türken, darunter Konservative wie Liberale. Das Klima der Angst, das sich schon in den letzten Jahren ausbreitete, hat sich seit Beginn des Ausnahmezustandes massiv verstärkt. Kritik wird nur noch verhalten geübt – denn zu groß ist die Furcht, als Putschist, Terrorist oder Landesverräter an den Pranger gestellt zu werden.

Wie soll die Europäische Union, insbesondere die deutsche Regierung, mit diesen Zuständen umgehen? Gerade in Zeiten, in denen man durch die Flüchtlingskrise oder im Kampf gegen den IS so aufeinander angewiesen ist wie selten? »Europa muss signalisieren, dass es auf der Seite der Türken steht, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wollen«, rät der Politologe und Experte für internationale Beziehungen an der Istanbuler Privatuniversität Koç, Murat Somer. Er warnt EU-Politiker davor, die ganze Türkei mit Erdoğan gleichzusetzen und dementsprechend bestrafen zu wollen – etwa beim Thema EU-Beitrittsverhandlungen oder Visa-Erleichterungen: »Das nährt nur den Autoritarismus sowie europafeindliche und nationalistische Gefühle im Land. Und das schwächt diejenigen Bürger, die sich wirklich für Demokratie einsetzen.«

Ebenso sollte die EU Selbstkritik hinsichtlich ihrer Haltung zur Türkei üben: »Viele in Europa kritisieren Erdoğan nicht, weil sie wirklich an Demokratie in der Türkei interessiert sind, sondern weil sie Vorurteile gegenüber Muslimen oder Türken haben.« Sie sprechen eine sehr ähnliche Sprache und denken sehr ähnlich wie diejenigen, die autoritäre Strukturen in der Türkei unterstützen«, gibt Somer zu bedenken.

Um solche Tendenzen zu schwächen, sollte die EU auf einen regen Dialog mit Nichtregierungsorganisationen in der Türkei setzen. Im Land hat sich im letzten Jahrzehnt eine lebendige Zivilgesellschaft entwickelt: Die Gezi-Protteste 2013 haben eindrucksvoll gezeigt, dass der Wunsch und Wille nach mehr Demokratie in einem großen Teil der Gesellschaft äußerst stark ist. Zwar hat die repressive Politik der letzten drei Jahre versucht, diese Menschen einzuschüchtern und jedes auch nur ansatzweise oppositionelle Engagement zu unterbinden, doch noch immer gibt es äußerst mutige, engagierte Menschen im Land, die die Unterstützung und klaren Worte der EU bitter nötig haben. Sicherlich ist nicht jeder Gegner Erdoğan gleich ein lupenreiner Demokrat – das musste der Westen etwa am Beispiel Fetullah Gülen schmerzhaft lernen – und Deutschland wie die EU sollten sorgfältig abwägen, wem sie Glauben schenken.

Ebenso sollte die EU genauer hinschauen, was in der Türkei vor sich geht, statt pauschal jeden Schritt der Regierung als negativ zu verurteilen. Positive Entwicklungen, und sind sie noch so minimal, verdienen es gewürdigt zu werden. So erklärte etwa Erdoğan kürzlich, der Staat solle sich davor hüten, beim Kampf gegen mutmaßliche Putschisten Unschuldige in Mitleidenschaft zu ziehen. Im September wurde beim Premierminister ein Büro eröffnet, bei dem sich Staatsbedienstete beschweren können, die ihrer Meinung nach unrechtmäßig entlassen wurden. Angesichts der immer noch immensen Zahl von Entlassenen und Gefangenen erscheint das zwar wie ein Tropfen

auf dem heißen Stein. Doch zugleich zeigt es, dass in der Türkei nicht alles so Schwarz-Weiß ist, wie man in Europa gerne glauben mag.

Ebenso sollte Erdogans zuweilen sehr feurige Rhetorik nicht immer für bare Münze genommen werden. Bestes Beispiel dafür war seine Forderung nach dem Putschversuch, die Todesstrafe wiedereinzuführen. Während man in Europa – zu Recht – entsetzt aufschrie, war erfahrenen Türkeiexperten schnell klar, dass Erdoğan dies kaum in die Tat umsetzen werde, sondern nur auf populistische Weise die Wut des Volkes bediente. Und tatsächlich ist die Todesstrafe kein Thema mehr in der Türkei. Europa sollte in heiklen Situationen wie diesen lieber auf Deeskalation und Dialog setzen, anstatt jeden von Erdogans Sätzen für einen Skandal zu nutzen, mit dem man leicht von innereuropäischen Problemen ablenken kann.

Das alles soll nicht bedeuten, über Menschenrechtsverletzungen und autoritäre Herrschaft zu schweigen – ganz im Gegenteil. Die EU und Deutschland sollten weiterhin klare Worte finden, aber mit Empathie und Verständnis für die verschiedensten Akteure in der Türkei. Noch immer ist Europa für die meisten Türken ein verheißungsvoller Kontinent, und auch die AKP-Regierung will politisch und wirtschaftlich die Bande zum Westen eigentlich nicht abreißen lassen.

In diesem Rahmen hat die EU eine wichtige Botschaft, so der Politologe Murat Somer: »Sie sollte deutlich machen, dass eine Türkei, die sich rechtlich, sozial und wirtschaftlich an die europäischen Standards annähert, nur zum Wohle des türkischen Volkes und auch Europas ist. Die EU-Mitgliedschaft ist danach zweitrangig.«



Kristina Karasu

arbeitet als freie Journalistin und Filmemacherin in Istanbul und Essen. Sie ist Türkei-Korrespondentin der Presseschau eurotopics. Zu ihren Auftraggebern gehören außerdem Deutsche Welle TV, ZDF, ARTE, WDR5 und der *Vorwärts*.

Andreas Vasilache

Autoritarismus und Sicherheit in Zentralasien

In autokratischen politischen Systemen stellt der Wechsel an der Machtspitze eine Bruchstelle dar. Sie bedeutet eine Situation der Ungewissheit und potenziellen Instabilität und kann bisweilen mit einer Desintegration des politischen Systems oder gar der staatlichen Einheit einhergehen. Aufgrund des regelmäßigen Fehlens verlässlicher Prozeduren des Machttransfers führt selbst das natürliche Ableben des Autokraten zu einer prekären Ausnahme- und Übergangssituation, in der Macht- und Richtungskämpfe sowohl um Schlüsselpositionen als auch um die künftige politische Ausrichtung entbrennen. Das politische System ist gleichsam in der Schwebe, wobei die Situation für Außenstehende – d.h. für alle Beobachter außerhalb der relevanten Machtgruppen – in jenem Sinne ergebnisoffen ist, als die Unübersichtlichkeit und Kontingenz der Situation sowie das Fehlen gesicherten Wissens in der Regel keine verlässlichen Prognosen über den Ausgang erlauben.